

1,8 Millionen Schutzsuchende

Zahl steigt langsamer

Wiesbaden. Rund 1,83 Millionen Schutzsuchende aus dem Ausland haben Ende 2019 in Deutschland gelebt. Das sind drei Prozent mehr als ein Jahr zuvor und damit der geringste Zuwachs seit 2012. Dies teilte das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mit.

Schutzsuchende sind Ausländer, die sich unter Berufung auf völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe in Deutschland aufhalten. Zu ihnen zählen Menschen, bei denen ein Asylverfahren läuft, die einen befristeten oder unbefristeten Schutzstatus zuerkannt bekommen haben oder die sich nach der Ablehnung eines Asylantrags weiter in Deutschland aufhalten.

Insgesamt 1,36 Millionen Schutzsuchende verfügten Ende 2019 über einen humanitären Aufenthaltstitel und damit über einen anerkannten Schutzstatus. Das waren 77 000 mehr als im Vorjahr (plus sechs Prozent). Der Großteil aller Schutzsuchenden mit anerkanntem Schutzstatus kommt aus Syrien (41 Prozent), Afghanistan (elf Prozent) und Irak (zehn Prozent). Für die große Mehrheit (80 Prozent) ist der anerkannte Schutzstatus zeitlich befristet. Zudem lebten laut Bundesamt 213 000 Schutzsuchende in Deutschland, deren Asylgesuch abgelehnt wurde oder die ihren Schutzstatus verloren haben. 84 Prozent von ihnen sind als geduldet registriert, das heißt die Abschiebung wurde vorübergehend ausgesetzt. Bei 266 000 Menschen war noch nicht rechtskräftig über den Asylantrag entschieden. KNA

Ärger über Papier des Vatikans

Bonn. Eine Instruktion aus dem Vatikan hat unter deutschen Katholiken schwere Verärgerung ausgelöst. Die Deutsche Bischofskonferenz hat sich bisher noch nicht zu dem Papier geäußert. Der Ständige Rat des Gremiums werde sich im August näher damit befassen, sagte ein Sprecher der Bischofskonferenz. Die Laienbewegung „Wir sind Kirche“ rief zum Widerstand gegen die Anweisungen aus Rom auf. „Mit dieser Instruktion werden vor allem auch alle Frauen von allen Leitungs- und Weihenämtern ferngehalten“, teilte ihr Sprecher Christian Weisner mit. „Diese Instruktion erscheint wie ein letzter Aufschrei einer sterbenden Religionsdiktatur.“ Das Schreiben der Kleruskongregation des Vatikans verbietet die Leitung von Pfarrgemeinden durch ein gleichberechtigtes Team von Priestern und Nicht-Klerikern. Zudem wird die Zusammenlegung von Gemeinden, abgesehen von begründeten Ausnahmefällen, untersagt. Beides ist in Deutschland weit verbreitete Realität, weil Priester fehlen. DPA

Minister fordert neuen Mindestlohn

Berlin. Millionen Menschen in Deutschland werden in den kommenden Jahren von Steigerungen des Mindestlohns profitieren. Der wirksamste der bereits vereinbarten Erhöhungsschritte greift allerdings erst im Juli 2022. Dann soll die Lohnuntergrenze von jetzt 9,35 Euro auf 10,45 Euro pro Stunde steigen. Eine weitere kräftige Erhöhung auf zwölf Euro will Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) danach rasch erreichen. Um die auch politisch zum Symbol gewordene Marke von zwölf Euro zu schaffen, will Heil der Mindestlohnkommission neue Vorgaben machen.

Die Kommission hatte Ende Juni eine Anhebung in vier Stufen bis Mitte 2022 empfohlen – zunächst Anfang 2021 auf 9,50 Euro, Mitte 2021 auf 9,60 Euro und Anfang 2022 auf 9,82 Euro. Nach der Sommerpause will der Minister Vorschläge zur Weiterentwicklung des Mindestlohns und zur Stärkung der Tarifbindung machen. Zunächst solle der Mindestlohn angehoben werden wie von der Kommission vorgeschlagen. „Aber mir reicht das nicht aus“, sagte Heil. „Ich kann mir vorstellen, dass wir der Kommission ein weiteres Kriterium mitgeben, und sie sich stärker an der Entwicklung mittlerer Einkommen orientiert.“ DPA

ATTILA HILDMANN

Demonstration untersagt

Berlin. Eine für Sonnabend angemeldete Demonstration des Verschwörungspredigers Attila Hildmann ist von der Versammlungsbehörde der Berliner Polizei verboten worden. Es bestehe die erhebliche Wahrscheinlichkeit, dass es erneut zu strafbaren Äußerungen kommen wird, teilte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport am Donnerstag mit. Die Verbotserklärung sei Hildmann am Donnerstag zugestellt worden. Aktuell ermitteln die Behörden in Berlin und Brandenburg gegen Hildmann wegen Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung und wegen öffentlicher Auforderung zu Straftaten. Berlins Innensenator Andreas Grelsel (SPD) begrüßte es, dass die Versammlungsbehörde „deutliche Grenzen“ aufzeige. DPA

VON CHRISTOPH SCHOLZ,
CHRISTOPH ARENS UND MARTIN FISCHER

Berlin. Mit einem neuen Freiwilligendienst will die Bundeswehr ab April 2021 bis zu 1000 zusätzliche Kräfte für Krisen- und Katastrophenfälle im Inland rekrutieren. Er soll aus einer siebenmonatigen militärischen Ausbildung und Reservisteneinsätzen in den folgenden sechs Jahren bestehen. Die Aufgabe der neuen Freiwilligen: der Heimatschutz, also Einsätze wie jetzt bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Mit dem neuen Freiwilligendienst soll eine Lücke im Rahmen der beruflichen Möglichkeiten bei der Bundeswehr geschlossen werden, sagte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) am Donnerstag in Berlin. Der Dienst solle der Stärkung der „Territorialen Reserve“ dienen, wie sie etwa durch die Bundeswehr während der Corona-Pandemie zum Einsatz kam. Das Motto: „Dein Jahr für Deutschland“.

Das Angebot soll den bereits bestehenden Freiwilligendienst ergänzen, der nach Aussetzung der Wehrpflicht im Juli 2011 gestartet wurde. Dieser dauert sieben bis 23 Monate und dient unter anderem der Rekrutierung von Zeit- und Berufssoldaten, ist also eine Art „Schnupperkurs“. Unter den rund 184 000 Bundeswehrgenossen sind derzeit gut 9000 freiwillig Wehrdienstleistende, die in allen Truppenteilen eingesetzt werden und auch in Auslandseinsätzen geschickt werden können.

Jetzt sollen pro Jahr etwa 1000 mit einem anderen Aufgabenprofil hinzukommen. Sie sollen nicht bei Luftwaffe, Heer oder Marine, sondern nur bei der Streitkräftebasis eingesetzt werden, die vor allem für logistische Unterstützung anderer Truppenteile zuständig ist – und auch bei Krisen- und Katastropheneinsätzen im Inland die Federführung hat.

1550 Euro brutto im Monat

Der neue Dienst besteht aus drei Phasen: Am Anfang steht eine dreimonatige militärische Grundausbildung, die auch die bisherigen Wehrdienstleistenden absolvieren. Darauf folgt eine viermonatige „Spezialausbildung Heimatschutz“ in Berlin, im niedersächsischen Delmenhorst oder im bayerischen Wildflecken. Inbegriffen ist etwa ein Monat bezahlter Urlaub.

In den sechs Jahren nach der Ausbildung sollen dann Reservisteneinsätze in der Nähe des Wohnorts folgen. Insgesamt sollen sie sich auf etwa fünf Monate summieren. Damit hat der neue Freiwilligendienst die Länge von etwa einem Jahr.

Die Freiwilligen erhalten für die Ausbildung 1550 Euro brutto im Monat und als Reservist mindestens 87 Euro für jeden Einsatztag. Bewerben kann sich ab dem 1. September jeder Mann und jede Frau ab 17 Jahren.

Kramp-Karrenbauer will mit dem neuen Angebot auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Ein Freiwilligendienst, „egal wie er geleistet wird, ist aus meiner Sicht der Kitt, der die Gesellschaft in schwierigen Zeiten zusammenhält“, sagte die Verteidigungsministerin.

Die Wohlfahrtsverbände reagierten mit Skepsis auf die Pläne. „Bei allem Respekt vor neuen Ideen und vor dem Schutz der Heimat sollten wir nicht vergessen, dass es bereits gute Angebote gibt, sich im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts einzubringen“, sagte Caritas-Präsident Peter Neher dem Re-

aktionsnetzwerk Deutschland. Dazu gehörten das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr, der Bundesfreiwilligendienst und das Programm „weltwärts“ für Einsätze im Ausland. „Ob zusätzlich dazu ein Dienst an der Waffe Sinn macht, möchte ich mindestens kritisch hinterfragen“, so Neher.

Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, übte scharfe Kritik unter anderem an der Werbekampagne, mit der der Start des „Freiwilligen Wehrdienstes im Heimatschutz“ begleitet werden soll. Schneider befürchtet eine Benachteiligung sozialer Dienste im Wettbewerb mit der Bundeswehr. „Es geht nicht nur um hohe Werbeeats, sondern auch um Leistungen wie kostenlose Bahntickets für die Bundeswehr, die die Bundesregierung mal eben beschlossen hat, um die Bundeswehr attraktiver zu machen“, sagte Schneider. „Wo ist die Wertschätzung für die Arbeit, die unsere Freiwilligen im sozialen und ökologischen Bereich leisten? Menschen, die freiwillig in der Pflege, Alten- oder Behindertenhilfe arbeiten, bekommen nicht mal ihr S-Bahn-Ticket ersetzt“, beklagte Schneider.

Das Gericht musste über die Mitverantwortung eines Einzelnen für ein Verbrechen entscheiden, dessen ganze Ausmaße bis heute unfassbar erscheinen. In Stutthof wurden mindestens 65 000 Menschen getötet. Der 18-jährige Bruno D. stand auf seinem Wachstum und sah Tag für Tag die Toten im Lager, blickte hinunter auf die ausgemergelten, völlig entkräfteten Körper. Kann ein Mensch das mitansehen und dabei unbeteiligt, ja unschul-

Freiwillige gesucht

Die Bundeswehr will mit einem neuen Angebot dringend benötigten Nachwuchs rekrutieren



Möchte mehr junge Menschen für die Arbeit bei der Bundeswehr gewinnen: Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU). FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

dig bleiben? War er nur ein kleines Rädchen, wie er selbst es sieht? Was hätte er als so junger Mann schon dagegen unternehmen können, fragte Bruno D. den Staatsanwalt in einer der vielen Vernehmungen vor dem Prozess. Doch die Staatsanwaltschaft hielt ihm entgegen, dass er ein „Rädchen in einer Mordmaschinerie“ war.

Das will die Vorsitzende Richterin allerdings so nicht stehen lassen. „Nein, der Angeklagte war kein Rädchen, sondern ein Mensch.“ Die Metapher vom Rädchen entpersonalisiere und schaffe Distanz, warnte Meier-Göring. Und Stutthof sei keine Tö-

ntungsmaschinerie gewesen, sondern ein von Menschen erdachter und umgesetzter Massenmord.

Die Richterin hält dem Angeklagten vor, er habe seine Schuld die ganze Zeit nicht wahrhaben wollen. Bruno D. sehe sich noch immer nur als „Beobachter“, kritisierte die Richterin. „Dabei waren Sie ein Gehilfe dieser menschengemachten Hölle.“ Der Angeklagte habe sich zwar am Ende des Verfahrens bei den Nebenklägern, den am Verfahren beteiligten Angehörigen der Opfer, entschuldigt. Doch es sei nicht klar geworden, wofür.

Bruno D. und sein Verteidiger argumentierten im Verfahren, er habe keinen Ausweg gesehen, um dem Wachdienst in Stutthof zu entgehen. „Ich hätt' nur mir selber geschadet“, gab Bruno D. in einer Vernehmung zu Protokoll. Zugleich verwies seine Verteidigung auf das damalige System von Befehl und Gehorsam. Doch das wollen die Richter nicht gelten lassen. Meier-Göring erinnerte an die Aussage des Angeklagten, er habe an der Eintönigkeit in Stutthof gelitten und seine Familie vermisst. „Deswegen weinten Sie manchmal, und nicht wegen des sich vor Ihren Augen abspielenden Massenmordes“.

In einem Verfahren, das der letzte NS-Prozess sein könnte, ging es am Ende auch um das Versagen der deutschen Justiz. Die NS-Verbrechen seien entweder gar nicht oder nur höchst unvollständig verfolgt worden, kritisierte Meier-Göring. Damit habe sich Deutschland gegenüber den Opfern des Holocaust noch einmal schuldig gemacht.

Der heute 93 Jahre alte Bruno D. war als junger Mann von August 1944 bis April 1945 Wachmann im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig. FOTO: REINHARDT/DPA

